



Fachbereich: FD 2.5 Kommunalaufsicht
Sachbearbeitung: und Feuerwehrwesen
Telefon: Klaus Behrens
E-Mail: 04331/202-344
klaus.behrens@kreis-rd.de

NIEDERSCHRIFT **-Öffentlicher Teil-**

Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 29.04.2015
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Ort, Raum: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,
Sitzungssaal 1

Vorsitz

Albrecht , Tim

reguläre Mitglieder

Langer , Klaus
Fandrey , Eike
Fries , Lothar
Kahle , Thomas
Klimach-Dreger , Martin
Koch , Holger Norbert
Scherbarth , Kurt
Storch , Susanne
Tretbar-Endres , Martin
Wendel , Ingrid

stellvertretende Mitglieder

Büchert , Peter
Eggert , Wilhelm
Jessen , Dieter
Paulsen , Sönke-Peter
Rohwer , Michael
Schlömer , Christian
Steckel , Raoul

Verwaltung

Krug Dr., Sebastian

Kruse Dr., Martin

Gäste

Müller , Alexander

Müller , Hans

Völker , Michael

Politik

Last , Hans-Werner

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Schülerbeförderung
4. Maßnahmeplan Barrierefreiheit - Beteiligungsverfahren VO/2014/219-003
6. Klimaschutzteilkonzept Mobilität – Vorstellung von Projektteam, Beirat und Experteninterviews VO/2015/538
7. Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet
8. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17.00 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Es wurde einstimmig beschlossen, den TOP „Klimaschutzteilprojekt Mobilität“ als neuen TOP 5 vor dem TOP „Vergabeverfahren Stadtverkehr Rendsburg“ zu behandeln und die folgenden TOP's entsprechend zu verschieben.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 3 Schülerbeförderung

Der Vorsitzende wies auf den Beschluss des Kreistages hin, wonach dem Regionalentwicklungsausschuss aufgetragen worden sei, die Schülerbeförderungssatzung zu überarbeiten und nannte die zu bearbeitenden Punkte:

- 1) Qualitätsverbesserung der Schülerbeförderung
- 2) Freistellung von Kosten für Eltern, die Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten
- 3) Heben von Synergieeffekten mit den Schülerbeförderungssystemen der Dänischen und Freien Schulen, ohne dass zusätzliche Kosten für den Kreis entstehen
- 4) Beförderung zur „nächsten“ Schule
- 5) Überprüfung von Ungleichbehandlungen zwischen städtischen und ländlichen Bereichen

Und:

- 6) Erarbeitung eines Konzeptes zur Entbürokratisierung und besseren Bekanntmachung des Bildungstarifs

Ergänzend wies er auf das Schreiben der Familie Solterbeck hin.

Herr Dr. Kruse berichtete in diesem Zusammenhang über die rechtlichen Rahmenbedingungen und dass diese aktuell von der Verwaltung geprüft werden würden.

Herr Albrecht schlug vor, die im Kreistagsbeschluss genannten Punkte nacheinander abzuarbeiten und bat zunächst die Elternvertreter um ihre Anmerkungen zum Punkt 1).

Herr Vetter wünschte sich eine optimierte Planung der Schulschlusszeiten und dabei insbesondere auch eine bessere Abstimmung mit den Fahrplänen der für die

Müllentsorgung zuständigen Unternehmen, da es hier häufig zu Behinderungen der Schulbusse komme. Außerdem bemängelte er die immer wieder zu beobachtende Überfüllung der Busse zu den Stoßzeiten.

Nach Auffassung von Herrn Evers gebe oftmals die Ausbildung bzw. das Verhalten der Busfahrer Anlass zur Kritik. Ein großes Problem seien auch die den großen Umläufen geschuldeten langen Warte- und Fahrzeiten sowie ein oftmals wegen der vielen Rucksäcke und Taschen herrschender Platzmangel in den Bussen mit der Folge, dass teilweise Schüler an den Haltestellen stehen gelassen würden. Auch würde es immer wieder zu Geschwindigkeitsübertretungen kommen. Seines Erachtens sei auch ein Abgleich der Anzahl der tatsächlich mitfahrenden Schüler mit der Anzahl der eigentlich anspruchsberechtigten Schüler sinnvoll.

Hinsichtlich der von Herrn Evers geschilderten teilweise langen Wartezeiten schlug der Vorsitzende eine Prüfung und ggf. Neuabstimmung der Schulanfangszeiten vor.

Herr Koch wies darauf hin, dass die Eltern „als Kunden der Verkehrsunternehmen“ ebenfalls in der Verantwortung stehen würden.

Zu den Punkten 2) und 3) gab es keine weiteren Diskussionen.

Im Zusammenhang mit Punkt 4) zitierte der Vorsitzende zunächst das Schreiben von Familie Solterbeck und betonte, dass es das Ziel sein müsse, eine unbürokratische Lösung zu finden. Denkbare wäre es seines Erachtens, für jede Gemeinde Einzugsgebiete festzulegen.

Dazu wies Herr Dr. Kruse auf das bestehende Tarifzonenmodell hin und dass die vorgeschlagene Lösung mit erheblichen Mehrkosten für den Kreis verbunden sein könnte.

Herr Vetter merkte an, dass vor dem Hintergrund der freien Schulwahl der Begriff „nächstgelegene Schule“ nicht mehr passend sei.

Herr Eggert betonte, dass auf jeden Fall das Gebot der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel zu beachten sei.

Herr Evers unterstützte den Vorschlag von Herrn Albrecht als eine flexible Lösung. Zu dem Vorschlag aus dem Podium, die bestehenden Tarifzonen aufzuheben und Sonderfahrtscheine einzuführen erklärte Herr Müller, dass Sonderregelungen im System des SH-Tarifs nicht gewollt seien und möglicherweise auch die erforderliche Einnahmenneutralität nicht gewährleistet werden könne.

Zu Punkt 5) gab es keine weitere Diskussion.

Zu Punkt 6) erklärte Herr Evers, dass es hier dringenden Handlungsbedarf gebe. Die aktuelle Präsentation des Bildungstarifs sei sowohl für viele Schüler als auch die Schulverwaltungen nicht verständlich. Außerdem sprach er sich für ein einheitliches System für Bus und Bahn aus.

Herr Dr. Kruse erklärte, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 10.06.2015 einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise

erarbeiten werde. Zur Erörterung von Abhilfemöglichkeiten soll ein entsprechendes Gespräch mit der Firma Autokraft geführt werden.

**zu 4 **Maßnahmeplan Barrierefreiheit -
Beteiligungsverfahren****

**VO/2014/219-
003**

Herr Müller berichtete ergänzend zur Vorlage und fasste das Ergebnis der eingegangenen Stellungnahmen dahingehend zusammen, dass überwiegend die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen als Problem gesehen werde.

Herr Völker erklärte, die Teilhabemöglichkeit von Behinderten sei bereits im Grundgesetz festgeschrieben. Mit dem Personenbeförderungsgesetz und der festgesetzten Terminierung werde nunmehr allerdings Druck erzeugt. Seiner Ansicht nach müsste vor dem Hintergrund des vorher von Herrn Müller beschriebenen Finanzierungssystems mit den verschiedenen möglichen Kostenträgern von Haltestellenumbauten für jede Gemeinde die mögliche Kostenbelastung ermittelt werden.

Ergänzend wurde vorgetragen, dass die Herstellung von Barrierefreiheit auch weiteren Kundengruppen des ÖPNV (Menschen mit Rollatoren, Kinderwagen, schwerem Gepäck) zugute komme.

Herr Koch plädierte für flexible Lösungen. So könne es sinnvoll sein, statt eines teuren Haltestellenumbaus eine Abholung von zuhause zu organisieren. Dem wurde entgegengehalten, dass mit einem gesonderten Beförderungssystem von dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention und den darauf aufbauenden gesetzlichen Regelungen vorgesehen sei, abgewichen werde.

Der Vorsitzende sprach sich abschließend für eine weitere Gesprächsrunde mit den Gemeinden aus. Diese solle allerdings erst nach den anstehenden Gesprächen mit dem Land stattfinden.

**zu 6 **Klimaschutzteilkonzept Mobilität – Vorstellung von
Projektteam, Beirat und Experteninterviews****

VO/2015/538

Herr Dr. Krug berichtete ergänzend zur Vorlage. Gegen den von Herrn Völker vorgebrachten Wunsch, im Beirat mitzuwirken, wurden einmütig keine Bedenken erhoben.

zu 7 **Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde für die Sitzung am 10.06.2015 eine vertiefende Diskussion über mögliche zukünftige Tätigkeitsfelder im Bereich Wirtschaftsförderung, dann mit Teilnahme des Geschäftsführers der WFG, Herrn Ledune, beschlossen.

zu 8 Verschiedenes

Der Vorsitzende berichtete im Zusammenhang mit der Entwicklung einer „Zukunftsstrategie“, dass die Auftaktveranstaltung dazu sehr erfolgreich verlaufen sei.

Es wurde vereinbart, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 10.06.2015 im Technik- und Ökologiezentrum in Eckernförde stattfinden soll.